

Das teure Geheimnis der deutschen Energiewende

Welt, 25.09.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/plus253679516/Teure-Energiewende-Warum-die-Regierung-kein-Interesse-an-Kostentransparenz-hat.html?cachebuster=true>

Während Unternehmer sämtliche Vorgänge dokumentieren müssen, kennt der Staat nicht einmal den Preis seines größten Investitionsprojekts. Motivation der Energiewende war nicht, ausreichend Energie bereitzustellen, sondern der Marktwirtschaft Sand ins Getriebe zu streuen, verbrämt mit Naturschutz.

Wie ist es möglich, dass die Kosten für die deutsche Energiewende den gesamten deutschen Staatshaushalt um mehr als das Zehnfache übertreffen könnten, aber dennoch keine Rolle zu spielen scheinen? Die bisherigen Kosten der Energiewende pendeln sich zwischen 500 Milliarden Euro und 1000 Milliarden, also einer Billion Euro ein. Für die nächsten 20 Jahre rechnen Experten mit erheblich steigenden Ausgaben, die Unternehmensberatung McKinsey erwartet gar sechs Billionen Euro.

Der deutsche Staatshaushalt 2024 beträgt 477 Milliarden Euro. Dass die Ausgaben, die den Steuerzahlern aufgebürdet werden, aus dem Ruder gelaufen sind, scheint die Bundesregierung nicht zu beunruhigen. Sie kann oder will die Kosten für die Energiewende nicht beziffern.

Während Unternehmer aufgrund staatlicher Vorgaben sämtliche Vorgänge dokumentieren müssen, kennt der Staat nicht einmal den Preis seines größten Investitionsprojekts. Achselzuckend wird in Kauf genommen, dass Deutschland schon dadurch 600 Milliarden Euro gespart hätte, wäre es in der ebenfalls klimafreundlichen Kernenergie geblieben statt auf Erneuerbare Energien zu setzen.

Gäste aus dem Ausland wundern sich über Deutschlands Entwicklung: Verfallene Schulen und Universitäten, unterfinanzierte Krankenhäuser, bröselige Infrastruktur, rückständige Digitalisierung, Spitze bei Strompreisen sowie Steuern und Abgaben. Da ergibt sich die Frage: Wie könnte das Land aussehen, wären die 600 Milliarden in diese Bereiche investiert worden anstatt in die Energiewende?

Statt klimafreundlicher Atomkraftwerke stehen in Deutschland nun Windkraftwerke. Ökonomen mahnen seit langem: Das Geld für die Energiewende generiere kein Wachstum, ein Energiesystem ersetze schlicht ein anderes. Es entsteht keine Wertschöpfung, keine neuen Güter und Dienstleistungen – dafür aber hohe Ausgaben. Dabei ist das neue Energiesystem unsicherer als das alte.

Deutschland hat trotz der Energiewende einen höheren CO₂-Ausstoß pro Einwohner als die EU-Länder im Durchschnitt – und einen fast doppelt so hohen wie Frankreich. CO₂-Einsparungen, die mit der Energiewende gelingen, können zudem über den Emissionshandel von anderen europäischen Staaten kompensiert werden, sodass der Effekt verpufft.

Auch für die Klimakatastrophen-Einpeitscher gäbe es keinen Bedarf mehr

Die Ausweitung des Emissionshandels hätte Deutschlands Weg sein können. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten sorgt dafür, dass Emissionssenkung stets dort realisiert wird, wo sie am günstigsten ist, ohne dass der Staat eingreifen muss.

Milliardenschwere Förderprogramme hingegen, etwa für E-Autos und Wärmepumpen, sind ein teurer Weg, CO₂ zu sparen, während der Emissionshandel private Investitionen von Unternehmen dahin lenkt, wo CO₂-Vermeidung am effizientesten ist. Die Ausweitung des Emissionshandels würde die meisten anderen Maßnahmen überflüssig machen, etwa Abgaben und Steuern, Gesetze und Vorschriften, Forderungen nach Verzicht und Einschränkungen, und auch für die Klimakatastrophen-Einheitsgerichte gäbe es keinen Bedarf mehr.

Sie relativieren die Energiewende-Kosten: Die Erwärmung verursache bereits massive Schäden, was hohe Ausgaben für die Umstellung auf Erneuerbare Energien rechtfertige. Davon abgesehen, dass die Beweisführung für solche Aussagen äußerst wackelig ist – Wetterschäden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung etwa zeigen keinen Anstieg – bremsen nationale Alleingänge bei der Energietransformation den Klimawandel nicht. Im Gegenteil: Eine überbewertete Energiewende würde Schwellenländer mit ihrem rasch zunehmenden CO₂-Ausstoß abschrecken, dem Beispiel zu folgen.

Doch die Regierung plant weiterhin mit Steuergeld, stärker sprudelnde Geldquellen als Energiewende-Töpfe sind kaum zu finden: Der Ausbau von Energiewende-Technologie wird subventioniert, ein risikoloser Ausbau der Anlagen garantiert. Und noch sind Stromtrassen, Stromspeicher und Wasserstoffwirtschaft kaum in den Kosten enthalten, dabei bilden sie das Rückgrat der angestrebten Transformation.

Nicht nur die Energiewende-Lobby profitiert, auch Wohlhabende, eine wichtige Wählerbasis der Grünen: Sie sind es, welche die Subventionen für E-Autos nutzen oder sich noch Häuser leisten können, deren Bau vor allem aus Klimaschutzgründen überreguliert und für die meisten unerschwinglich geworden ist.

Vergrault hingegen wird die energieintensive Industrie, ein wichtiger Pfeiler deutschen Wohlstands. Anstatt den Innovationsgeist von Unternehmern über den Emissionshandel anzuspornen, meint der Staat, die Wirtschaft vorausplanen zu können. Windräder und Solaranlagen allerdings müssen aus Asien bestellt werden.

„Überschüsse an konzentrierter Energie“ könnten Unheil anrichten, unkte Lovins

Wie konnte sich Deutschland in diese Lage manövrieren? Motivation der Energiewende war es nicht, ausreichend Energie bereitzustellen, sondern im Gegenteil: der prosperierenden Marktwirtschaft Sand ins Getriebe zu streuen, verbrämt mit Naturschutz. Einen Anhaltspunkt bietet die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 2016 wegen seiner Verdienste um die Energiewende an Amory Lovins, einen radikalen Umweltaktivisten aus den USA, der berühmt geworden war mit Pamphleten gegen Prosperität.

„Wenn Sie mich fragen, wäre es fast katastrophal für uns, eine Quelle sauberer, billiger und reichlich vorhandener Energie zu entdecken, wegen dem, was wir damit machen würden“, hatte Lovins gemahnt. „Überschüsse an konzentrierter Energie“ könnten Unheil anrichten, unkte er. Der Energiewende-Vordenker wettete gegen Atomkraft, die auf der Fläche einer Farm mit klimafreundlicher Kernspaltung ausreichend Energie für Metropolen bereitstellen kann. Stattdessen forderte er „dezentrale“ Stromversorgung mit „weichen, erneuerbaren Energien“ aus Wind und Sonne, „im Einklang mit der Natur“. „Klein ist schön“, sagte Lovins.

Nirgends traf die Ideologie auf fruchtbareren Boden als in Deutschland. Anfang Juni 2009 lud die Mercator-Stiftung zusammen mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) nach Essen in die Philharmonie zur Tagung „The Great Transformation – Climate Change as Cultural Change“.

Sozialforscher und Klimaforscher aus dem Umfeld des PIK erläuterten ihren Plan, die Gesellschaft mit einer „Großen Transformation“ umzubauen: Weniger Energiebedarf, keine CO₂-Emissionen und keine Kernkraft, lautete ihr Credo. Die Ideen sollten zwei Jahre später in ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen WBGU, eines Beirats der Bundesregierung, münden. Das Vorhaben war verknüpft mit der Umstellung auf Energieversorgung aus Wind und Sonne, wie es der Vordenker für Solarenergie, der SPD-Politiker Herrmann Scheer, seit zwei Jahrzehnten forciert hatte.

„Es geht um viel mehr, viel mehr, als nur um den Tausch von Technologie“, sagte Scheer 2008. Die Wende betreffe alle Bereiche der Gesellschaft, erläuterte der einstige Vorkämpfer der Friedensbewegung, der in den 1980ern die Abkehr Europas vom Westen und von Hochtechnologie gefordert hatte. Nur „natürliche“ Solarenergie erlaube das Überleben der Menschheit, behauptete Scheer.

2004 versprach sein Verbündeter, der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne), die Energiewende würde jeden Haushalt pro Monat nur eine Kugel Eis kosten. Eine schnell wachsende Lobby aus Stiftungen, NGOs und Instituten entstand, welche die Energiewende eigennützig vorantrieb. Auf Gegenwehr stieß sie selten, denn sie verfügte über eine scharfe Waffe: Wer die Energiewende kritisierte, konnte als „Klimaleugner“ gebrandmarkt werden.